

Nach der Weltfrauenkonferenz 1975 in Mexiko wurden die darauf folgenden Jahre zur Frauendekade ausgerufen, die mit der Konferenz 1985 in Nairobi beendet wurde. Während dieser Dekade wurde der über das im Süden entstandene Frauennetzwerk DAWN (Development Alternatives with Women for a New Era) neue Begriff „Empowerment“³ in den Diskurs eingebracht. Damit gelang ein Perspektivenwechsel, der einen Umgang mit Machtverhältnissen eröffnete: Empowerment formulierte eine Vision nicht nur individueller Autonomie.

Der Paradigmenwechsel von „Women in Development“ (WID) zu „Gender and Development“ (GAD)

Im Rahmen des WID-Konzepts als wichtigste frauenorientierte Entwicklungsstrategie der siebziger und achtziger Jahre standen Frauen als definierte Gruppe im Mittelpunkt der Analyse und der sich daraus ergebenden Empfehlungen für Entwicklungsprojekte.

Kennzeichnend war die Forderung nach Integration von Frauen in den Entwicklungsprozess, um den Status der Frauen einerseits über die rechtliche Gleichstellung und andererseits über besondere Hilfestellung im Rahmen der Entwicklungs„hilfe“ zu verbessern. Neben rechtlichen Änderungen wurde auch eine Neudefinition der Geschlechterrollen gefordert.

*Foto 5: Gemeinsamer
Stadtspaziergang in
Esmeraldas
(Quelle: Petra Kreinecker).*



Demgegenüber liegt im Rahmen des GAD-Ansatzes der Fokus auf den Auswirkungen des praktizierten Ausschlusses von Frauen aus Entscheidungsprozessen und Machtpositionen und auf der Entwicklung von Gegenstrategien zur Veränderung struktureller Ungleichheiten.

Mit ihrem Buch „*Sex, Gender, Society*“ (1972) führte Ann Oakley den Begriff „Gender“⁴ und damit eine „*herrschaftskritische Kategorie*“ ein (von Braunmühl 2000, p16–19), die nicht bei der Benennung von geschlechtsspezifischen Rollenzuweisungen stehen blieb, sondern auf der Aufhebung von Unterdrückungsbeziehungen bestand. Es war nicht mehr (nur) die Rede von „*Frauenfragen*“, und statt eines „*Frauenproblems*“ wurde das Machtgefälle zwischen Männern und Frauen thematisiert.

Gender in der österreichischen Entwicklungszusammenarbeit

Die Errichtung einer interministeriellen WID-Gruppe auf Initiative des Staatssekretariats für Frauenfragen im Österreich der 1980er Jahre bildete den Beginn für die Beachtung von Fraueninteressen in EZA-Projekten⁵. Trotz der bedeutenden internationalen Entwicklungen und Veränderungen rund um den Gender-Ansatz sollte es noch Jahre dauern, bis dem von staatlicher Seite Rechnung getragen wurde. Der Themenbereich „Frauen und Entwicklung“ fand erst im Dreijahresprogramm von 1990–1992 explizit Erwähnung (Bundesministerium für Auswärtige Angelegenheiten, Sektion VII, Wien 1989). Während zunächst die tragende Rolle der Frauen für Familie und Landwirtschaft hervorgehoben werden, geht es im folgenden Dreijahresprogramm bereits um die verstärkte Teilnahme am Entwicklungsprozess. Ab 1994 wird die Einbeziehung von Frauen in die EZA zu einem ausdrücklichen Schwerpunkt erklärt, und im österreichischen Entwicklungszusammenarbeitsgesetz 2002 werden Gleichstellung und das Empowerment von Frauen als Leitprinzip für alle Maßnahmen der OEZA verankert.

Der Spagat zwischen Theorie und Praxis

Dass *Gender-Gerechtigkeit* und dem *Empowerment* von Frauen sowohl in der Entwicklungspolitik als auch in der konkreten Projektarbeit mehr Platz eingeräumt wird, stellt eine erfreuliche und ermutigende Entwicklung der letzten Jahre dar.

Alle staatlichen wie nicht-staatlichen Institutionen haben Instrumente – Fortbildung von MitarbeiterInnen, verfahrenstechnische Verankerung, Richtlinien, Checklisten für Planung und Monitoring u. ä. – des Gender-Ansatzes eingeführt. Die institutionelle Auseinandersetzung mit Frauenbelangen in der EZA ist – zumindest theoretisch und formal – gelungen.

Der bei weitem größte Teil der Mainstreaming-Anstrengung richte sich jedoch auf die Institutionalisierung des Gender-Ansatzes, so die Kritik von Claudia von Braunmühl (2000), auf die Einrichtung von eigenen Gender-Abteilungen – entgegen der Forderung, dass Frauenbelange ubiquitär als Querschnittsmaterie in allen EZA-Projekten behandelt werden müssten. Die Auseinandersetzung sollte sich wieder stärker zu politischer Anwaltschaft für Frauen im Süden hinwenden.

Um durch diese Form des *Empowerments* politische Partizipation von Frauen zu erreichen, damit sie selbst die Stimme – wie die schwarzen Frauen von Esmeraldas – erheben können, um gestärkt zu werden, um selbst ihre Bedürfnisse zu formulieren und dafür eintreten zu können, dass diese auch befriedigt werden.

In den neuen Leitlinien der österreichischen Entwicklungs- und Ostzusammenarbeit (ADA, April 2006) ist nun ein neuer, aus frauenpolitischer Sicht kritischer Zugang zur Gender-Diskussion auszumachen: Es soll den „spezifischen Lebensrisiken von Frauen und Männern Rechnung“ getragen werden. Ungleiche Geschlechterverhältnisse würden zwar im Allgemeinen Männern zugute kommen, „jedoch wirken sich viele aktuelle Prozesse der Verarmung auch negativ auf Männer aus“. Betrachtet man diese Neuorientierung, die aus feministischer Sicht als Verwässerung der Gender-Diskussion interpretiert werden kann, so bleibt zu hoffen, dass Frauen- und Gender-Projekte nicht weiter als etwas Gegensätzliches gesehen und künftig nicht gegen Männerförderungsprojekte ausgespielt werden.

Literatur

Andorfer, V. (1995) *Von der Integration zum Empowerment*. Zur Frauenförderung in der Entwicklungspolitik, Verlag für Interkulturelle Kommunikation, Edition Hipparchia.

von Braunmühl, C. (2000) „Mainstream – Malestream? Der Genderansatz in der Entwicklungspolitik“, *iz3w Sonderheft Gender*, pp.16–19.

Frauenbüro (2000) *Leitfaden Gender Mainstreaming*, Eigenverlag von Milena und Frauenbüro.

Holzner, B. (2006) „Ohne Frauen keine Entwicklung“, *Weltnachrichten*, pp3–5.

Anmerkungen

- ¹ Unterstützt werden die Aktivitäten des FORO de la Mujer seit fast 10 Jahren von HORIZONT3000 und der katholischen Männerbewegung Wien und Innsbruck.
- ² Unter *Gender Mainstreaming* wird die „durchgängige Berücksichtigung und Einbeziehung der Geschlechterperspektive, der Dimension der Chancengleichheit in alle politischen Konzepte und Maßnahmen“ verstanden (Leitfaden Gender Mainstreaming, Frauenbüro 2000).
- ³ *Empowerment* ist die Ermächtigung zu eigenverantwortlichem Handeln und damit ein Prozess, in dessen Verlauf sich eine Frau Fähigkeiten aneignet, die sie in die Position versetzt, ihr eigenes Leben und das Los der Gemeinschaft, in der sie lebt, in wirtschaftlicher, politischer und sozialer Hinsicht mitzugestalten (Brigitte Holzner, Weltnachrichten 2006).
- ⁴ Der Begriff *Gender* beschreibt das „soziale Geschlecht“, das sich auf die erlernten, sozialen Unterschiede, Erwartungen und Zuschreibungen bezieht (Leitfaden „Gender Mainstreaming“, Frauenbüro 2000). Oft wird *Gender* auch mit „Geschlechterverhältnis“ oder „Geschlechtsidentität“ übersetzt, ein Hinweis dafür, dass es keine eindeutige Übersetzung gibt, im Text wird daher immer der ursprüngliche englische Begriff *Gender* verwendet.
- ⁵ 1982 führte der Verein Frauensolidarität ein erstes Frauenprojekt in Kolumbien mit staatlicher Finanzierung durch.

In quest of more conducive SME policy for structural development

J. Hanns Pichler

The European Observatory for SMEs

The very topic raises an ever challenging question: that is, of the role and significance, if not to say “survival” of small and medium-sized enterprises (SMEs) and related structures within an environment of forces which – particularly in the sphere of industry – on first sight tend to favor the “big” rather than the “small”. At the same time this points at underlying aspects and challenges of broader socio-economic and structural dimensions with a concomitant need for appropriate formulation of generally more differentiated and specifically designed business policies.

Such challenges and related problems today are to be seen from inseparably intertwined and multidimensional points of view:

- The role and exposure of SMEs has to be seen more and more from an international point of view. In this respect SMEs play a strategic role as part of development. Thus, SMEs are perceived in their sector-related structural significance on a national, regional and nowadays, in fact, **global level**.
- From a closer point of view, developments of SMEs are related to ongoing restructuring on a **European scale**, and restructuring in a business environment, that is in many ways unique.
- Finally, under overriding **socio-economic** and systems-related aspects of more comprehensive SME-specific policy formulation.

Globally, evidence for a new and growing recognition of the role of SMEs is provided by a profound reorientation in development policy over the last decades with a distinct change in strategies toward fostering sector-related diversification for more balanced long term growth and economic welfare under sustainable conditions.

Foto 6: Coffee production is an important source of income in many developing countries (© Gerhard Glatzel).



“Why are SMEs so important ...

Because high employment growth in SMEs in the last decade has prevented unemployment rising beyond the 20 million mark in the European Economic Area.”

The European Observatory for SMEs

When speaking of strategies, there is today an ever growing awareness worldwide of the role of SMEs both as a factor for sustaining economic stability and as a simply indispensable catalyst for fostering economic dynamics and welfare, not least of all in developing countries. Experience and recognition thereof have triggered a more broadly based rethinking and change in outlook, quite in contrast still to post-war decades, when sustained economic buoyancy, business dynamics and growth in considerable measure tended to blur the need for more subtle structural considerations. Yet, underlying economic realities and the very characteristics of a SME structured business environment were not to be neglected indefinitely with impunity.

Altogether – and not least of all from a European angle – this largely has disproved more orthodox and seemingly ill conceived notions of an inherent superiority of the “big” vis-à-vis the “small”, thus recognizing the specific role of SMEs in the context of a more subtle and diversified approach toward “structural development”.

When taking a closer look at the features of the **regional European business environment**, a rather unique, richly structured, and indeed highly diversified SME “landscape” emerges. A landscape with manifold facets as so vividly illustrated again and again by the “European Observatory for SMEs”. Thus, the most recent 2003 issue of the “Observatory” reveals that within the greater “European Space” (i. e., including Switzerland, Norway, Iceland, Liechtenstein) SMEs (defined as enterprises with

Foto 7: Innovative small enterprises develop fast and occupy niches. For many people in developing countries it is the only opportunity to break out of the poverty trap
(© Birgit Habermann).



up to 250 employees) count almost 20 million units, which employ close to 100 million people, against only about 40,000 larger firms (with more than 250 employees). This makes for an average of some 50 (non-primary) business establishments per 1000 inhabitants. Meanwhile, in the accession countries (including the “candidates” Bulgaria and Romania), some 6 million SMEs, against about 10,000 larger enterprises, are to be added with well over 20 million employees.

Over the years, these millions of smaller, in considerable part craft dominated micro-enterprises, continuously have tended to outperform larger enterprises in terms of job creation, thereby vividly demonstrating that without such relatively higher employment potential and growth on the part of SMEs, the persistent European unemployment syndrome would have been even more pronounced.

While thereby illustrating the economic and social importance of SMEs in a European context, this further implies – as stated in the 1996 “Observatory” – that an estimated 1.5 million Europeans annually decide to start a business of their own; this way, in the course of approximately a decade, the number of (mostly small to very small) enterprises increased by nearly 10 per cent, while the EU population only grew by some 2 per cent, and in many countries by less.

In country-specific terms it is quite typical, too, when, e. g. in Austria – and similarly in Germany, and in Switzerland – nearly 99 per cent of all non-agricultural business establishments have less than one hundred employees; and of those again close to 90 per cent have less than 10 employees, and just about 2 per cent have 100 employees or more. In terms of sustaining employment, over the eighties and well into the nineties, in a period of profound industrial restructuring, the SME sector on the whole was able to by and large absorb, and thereby compensate for, on-going layoffs in the larger public sector dominated industries to the tune of some 80,000 employees (or nearly 3 per cent of Austria’s total work force). This was due to its flexibility and adaptability.

While recognizing such proven strength not only on a structural level, but also in providing a certain measure of resilience against business cycle volatilities, one might take note of the fact that it is exactly in the sphere of SMEs where – due to their more immediate socio-economic exposure – conflicts of interest (not free at times from certain partisanship) do arise and are being fought out. These conflicts have both positive and negative repercussions as to sector-related policy formulation with concomitant institutional implications. Frequently, this indeed resembles the arena where in essentially market-based systems “the very action” is taking place; this is where policy challenges and demands are being articulated in ever so manifold nuances and facets.

The mere existence and sustained survival of SME structures with their complexities which mirror the very reality of economic life itself also contradicts once wide spread “prophecies” of the ultimate demise of small businesses as a predicament under both “classical” and, of course, Marxian doctrines. Historical evidence and today’s systemic transforma-

tion processes in Central and Eastern Europe clearly point to the opposite; the very essence of restructuring which is going on there more than ever calls for the speedy creation or revival of sound and diversified SME structures as a simply indispensable ingredient for a sustained recovery as one of the strategically most challenging issues.

At times the inherent wealth of diversity, which is so typical for the European business scenario, is being taken for granted; this perhaps also because we somehow are used to the fact that SMEs always have been or simply ought to be there anyway. Yet, for more conscious policy considerations this, in fact, is not really so self-evident; it rather does call for continued awareness to assure that underlying resilience and adjustment capabilities constantly are being safeguarded.

Such capabilities to adjust to changing business conditions and, at times, to volatile cyclical movements quite typically are also characterized by both upward and downward structural permeability: that is to say, by way of adjusting – which in today's scenario is all the more relevant – to forces of regional (or even global) integration with implicit restructuring of business sizes. Such restructuring by its very nature is not to be interpreted one-sidedly as simply a tendency toward "concentration"; rather, and more objectively so, it is also to be seen as a process of opening up opportunities also "downstream" in terms of structural deepening as markets and, in particular, the size of markets change.

Insights of modern industrial economics give plausibility to such complexities in the course of structural adjustment with, in part, new evidence as to criteria of "optimal" business sizes being induced e. g. by technological developments. By inducing optimal business sizes emphasis is placed not so much on economies of "scale", but rather on elements such as SME-specific diversification or differentiation. This renders classical returns to "scale", which are no longer such a valid argument compared to economies of "scope". More pointedly still, it implies conscious recognition of such complexities as e. g. regional specifics and market differentiation, and locational spread, including relative density of businesses relating to given demand and supply patterns. This again has implications for product/market orientation and diversification of size structures.

An SME policy addressing such complexities finally has to do with what one might subsume under the heading contributing to "quality of life" and to conditions of welfare in a broader sense. Endowment with diversified business structures and, thereby, with enhanced economic opportunities, productive capacities, and increased potential for catering to differentiated, individualized patterns of demand finally needs to be judged with a view to such qualitative aspects. (E. g. a study to this effect conducted in Austria depicts regional differences in relative SME density between 40 and 80 enterprises per 1,000 inhabitants as clearly correlating with respectively higher or lower levels of economic welfare, incomes and purchasing power.)

Over and above mere economic considerations, the relevance of SMEs is to be viewed also from a more broadly based socio-economic point of view; that is, on the one hand, SMEs have to be seen as a driving force of structural change, and, on the other, as a stabilizing factor for safeguarding given economic settings with their institutional framework in the dynamics of change.

For any freedom, and as such market-oriented socio-economic system, this unequivocally implies a commitment to entrepreneurial initiative, and to guaranteeing both free and autonomous pursuit of business opportunities. It furthermore implies a commitment to market criteria of performance with a quite legitimate claim for adequate return under due consideration of social (including environmental) responsibility in the conduct of business as such. It also means that any such policy inescapably becomes part and parcel of shaping socio-economic conditions as a conducive framework wherein SMEs, with their diversified structures and patterns of performance, can thrive. This is indispensable for guaranteeing and sustaining welfare conditions for society as a whole (no doubt this constitutes a challenge to policy-making in whatever context).

Such policy ought not to shy away from the very “nitty-gritty” either: such as, e. g., avoid burdening SMEs in a discriminatory manner with unremunerated administrative tasks assigned by public authorities. A more recent study to that effect in Germany demonstrates that the relative impact in terms of cost and manpower to be allocated turns out to be up to 22 times(!) and, thus, quite disproportionately higher for SMEs as compared to larger enterprises. In a partly more sarcastic manner, but pointing essentially in the same direction, the US Small Business Administration complained some time ago that more than 10 million businesses under its constituency get inundated yearly by well over 300 million forms with up to one billion pages, containing more than 7 billion questions, altogether entailing unremunerated costs averaging some \$ 3,000 or more per firm. A similar EU related assessment has not, as yet, been carried out.

If, on the other hand – as is often quite “liberally” being claimed – it is to be recognized that SMEs indeed represent the mainstay or very “trade mark” of any market oriented economy, and if it is further true – as is often claimed – that, due to the sheer existence of more diversified SME structures, economies over and over again could prove their adaptive capabilities for both overcoming even severe policy mistakes and at the same time taking on new challenges, then it would only be consequential for any related policy to attain a certain measure of “natural” legitimacy of its own.

However, upon closer scrutiny of such pronouncements and arguments, one might be left wondering whether this kind of demands or recommendations do not remain pretty much on the surface and, thus, tend to fall way short of recognizing more profound issues involved. And it is questionable whether – if argued from a systems-related point of view – more deeply probing questions as to the really crucial “building stones” of any SME-specific policy should not be addressed, as e. g.:

- Questions, with a view not least of all on prevailing structures, as to whether “classically” defined strategies of blatant “marketteering” indeed make for adequate and sensitive enough a policy which takes proper cognizance of underlying diversities and complexities.
- Furthermore, questions as to whether the sheer prevalence of SME diversification with related institutional structures might not call for an equally differentiated policy. That is, a policy which – within an essentially market based framework – would allow for the appropriate multiplicity of cooperative (corporatist) or in various ways subsidiary forms of business organization and relationships as a kind of “natural” ingredient. Moreover, this could be an enrichment for any economic system pointing beyond simple supply and demand mechanisms at the very micro level.
- Questions, finally, and this without wanting to be “heretical”, as to whether for any sound SME policy – and quite legitimately so – fostering and thereby acknowledging intermediate forms of business associations at the meso level are not simply to be accepted as an inescapable feature of institutionalization by recognizing the following points:
 - For one, that competition as a coordinating “mechanism” via markets constitutes only one – but not the only – criterion or instrument governing business conduct. Depending on given sectoral or structural conditions, competition does not necessarily have to take center stage. Or putting it more bluntly: one has to recognize that acceptance of an essentially competitive, market oriented economic order for SMEs requires an appropriate framework of institutions to accompany it.
 - Furthermore, that cognizance of such specifics with implicit forms of institutionalization may prove more conducive to SME related business conduct than any undifferentiated plea for cut-throat competition at the micro level, by emphasizing and bringing to bear economies of “scope” rather than of “scale”. Or in short: one has to consider SMEs not merely as “beautiful”, but also as being “efficient” in a more comprehensive sector-specific understanding.
 - And finally, that the necessary autonomy of SMEs within a specter of larger entities has to be constantly safeguarded, not least of all by way of sector-related forms of institutionalization duly recognizing role and relevance of the SME sector as a whole from an overriding socio-economic perspective.

Any self-conscious (not to be confused with self-righteous) SME policy conceived under such auspices should – in view of legitimate claims and issues involved – ultimately be articulated still more aggressively as a quite essential element within the realm of economic policy formulation: a policy formulation to be based upon, and buttressed by, sound scientific principles, analyses and insights. To these in particular, the addressee of this publication was most successfully able to contribute his fair share as the result of a lifelong endeavor, thereby leaving indelible an imprint on a truly European scale.

SMEs in Europe

Source of table 1 and 2: ENSR/EC (2003) Highlights from the 2003 Observatory. Observatory of European SMEs 2003, No. 8. Brüssel; http://ec.europa.eu/enterprise/enterprise_policy/analysis/doc/smes_observatory_2003_report8_en.pdf.

Table 1: The basic facts about SMEs and large enterprises in Europe-19, 2003.

		SME	Large	Total
Number of enterprises	(1.000)	19.270	40	19.310
Employment	(1.000)	97.420	42.300	139.710
Occupied persons per enterprise		5	1.052	7
Turnover per enterprise	Million €	0,9	319	1,6
Share of exports in turnover	%	12	23	17
Value added per occupied person	€ 1.000	55	120	75
Share of labour costs in value added	%	56	47	52

Source of table 1: Estimated by EIM Business & Policy Research; estimates based on Eurostat's Structural Business Statistics and Eurostat's SME Database. Also based on European Economy, Supplement A, May 2003 and OECD: Economic Outlook, No. 71, June 2003. Since a different source has been used, data presented is not directly comparable with data presented in earlier reports of the Observatory of European SMEs.

Table 2: Roles of SMEs in Acceding and Candidate Countries and Europe-19.

		SME					
		Micro	Small	Medium	Total	LSE	Total
Accession Countries (2001)							
Enterprises	1.000	5.670	230	50	5.950	10	5.970
Occupied persons	1.000	10.210	4.970	5.350	20.530	10.150	30.670
Occupied persons/enterprise		2	22	107	3	919	5
Size-class dominance						Small/ Medium	
Europe-19 (2003)							
Enterprises	1.000	17.820	1.260	180	19.270	40	19.310
Occupied persons	1.000	55.040	24.280	18.100	97.420	42.300	139.710
Occupied persons/enterprise		3	19	98	5	1.052	7
Size-class dominance						Micro	

Source of table 2: Estimated by EIM Business & Policy Research; estimates based on Eurostat's Structural Business Statistics and Eurostat's SME Database. Also based on European Economy, Supplement A, May 2003 and OECD: Economic Outlook, No. 71, June 2003, and information from ENSR partners.

92 percent of all European enterprises have less than 10 employees

The Observatory report SMEs in Europe 2003 reveals that there are 19.3 million enterprises in the European Economic Area (EEA) and Switzerland, providing employment for 140 million people.

Some 92 percent of these enterprises are micro (0–9 employees), 7 percent are small (10–49), less than 1 percent are medium-sized (50–249) and only 0.2 percent are large enterprises (250+). Just over two thirds of all jobs are in SMEs, so almost one third of all jobs is provided by large enterprises. Within SMEs, the major share of employment is in micro enterprises, enterprises employing less than 10 employees (56 percent).

The average European SME employs 5 people

On average, an enterprise in Europe – including all very large enterprises – provides employment for 7 people; the average for SMEs is only 5 people. Countries differ significantly with respect to the scale of their enterprises. For example, the average number of occupied persons per enterprise varies between 2 in Greece, and 12 in The Netherlands. About half of all enterprises have no employees at all, thus providing employment and income to the self employed and family workers only.

Employment in SMEs increased

Medium-term developments (1988–2003) show that – despite fluctuations over time – in SMEs (and in particular in micro and small enterprises) employment increased, whereas in Large Scale Enterprises (LSE) employment decreased. This is remarkable as real turnover and value added growth have been smaller in SMEs than in LSEs. So, large enterprises increased their production more and sold more products and services than SMEs. Nevertheless employment growth was larger in SMEs than in LSEs, because labour productivity grew faster in LSEs: large enterprises became more efficient than SMEs, (especially micro enterprises). To a large extent this difference can be explained by the fact that SMEs are over-represented in sectors with low productivity growth, like retail trade.

References

- Aiginger, K., Tichy, G. (1984) *Die Größe der Kleinen. Die überraschenden Erfolge kleiner und mittlerer Unternehmungen in den achtziger Jahren*, Vienna.
- Akokangas, P. (1998) Internationalisation and Resources. An Analysis of Processes in Nordic SMEs, *Acta Wasensia* No. 64, Vaasa.
- Anderson, I. (1982) Small Industry in Developing Countries, *World Bank Staff Working Papers* 518.
- Bamberger, I., Pleitner, H. J. (eds.) (1988) Strategische Ausrichtung kleiner und mittlerer Unternehmen, *Internationales Gewerbearchiv, Sonderheft 2*, Berlin Munich St. Gallen.
- Becattini, G. (1999) Flourishing small firms and the re-emergence of industrial districts. Keynote, 44th ICSB World Conference, Naples (mimeo).
- Belak, J., Kajzer, S., Mugler, J., Senjur, M., Sewing, N., Thommen, J.-P. (eds.) (1997) *Unternehmensentwicklung und Management unter besonderer Berücksichtigung der Klein- und Mittelbetriebe*, Zurich.

Buckley, P., Ghauri, P. (eds.) (1993) *The Internationalization of the Firm. A Reader*, London.

Crauser, G. (1999) Enterprise Policy – Quo vadis? Challenges and Prospects for the year 2000 and beyond. Opening Address, 44th ICSB World Conference, Naples (mimeo).

de Vries, B. A. (1980) Industrialization and Employment. The Role of Small and Medium-sized Manufacturing Firms. In: *International Economic Development and Resource Transfer*, Institute of World Economics, Kiel.

Donckels, R., Miettinen, A. (eds.) (1997) *Entrepreneurship and SME Research On its Way to the Next Millennium*, Aldershot..

ENSR/European Commission (2003) *The European Observatory for SMEs, Brussels 1992–1999* (in six editions); 7th edition 2003 published in modified form as “Observatory of European SMEs”.

Froehlich, E., Pichler, J. H. (1988) Werte und Typen mittelstaendischer Unternehmer, *Beiträge zur ganzheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftslehre*, Vol. 8, Berlin.

Froehlich, E. A., Hawranek, P. M., Lettmayr, C. F., Pichler, J. H. (1994) *Manual for Small Industrial Businesses. Project Design and Appraisal*, UNIDO General Studies Series, Vienna.

Gibb, A. A. (1993) Key Factors in the Design of Policy Support for the Small and Medium Enterprise Development Process. An Overview. In: *Entrepreneurship and Regional Development*, no. 5.

Gutersohn, A. (1977) *Das Gewerbe in der freien Marktwirtschaft*, 3 Vols. (1954–1974); esp. Vol. 1, “Das Wesen des Gewerbes und die Eigenart seiner Leistungen”, 2nd ed., Berlin-Munich-St. Gallen 1977

Hahti, A. J. (1995) and (1993) INTERSTRATOS. Internationalization of Strategic Orientations of European Small and Medium Enterprises, *EIASM Reports 93–01 and 95–01*, Brussels.

Hahti, A., Hall, G., Donckels, R. (eds.) (1998) *The Internationalization of SMEs*. The Interstratos project, London-New York.

Havnes, P.-A., Haahti, A. (eds.) (2006) *Dynamics and Diversity. Discoveries in Internationalization of European Small and Medium Enterprises*. Insights from a Longitudinal Study in Eight European Countries, University of Lapland Research Reports 4, Rovaniemi 2006.

Heinrich, W. (1967) and (1948) *Wirtschaftspolitik*, 2 Vols. (1948 54), 2nd ed., Berlin 1964 67; esp. Vol. I (“Schlüsselbegriffe”) and Vol. II/2 (“Verbandswirtschaftspolitik”; “Betriebswirtschaftspolitik”).

Heinrich, W. (1964) *Probleme der Klein- und Mittelbetriebe* (1962), 2nd ed., Münster.

Institut fuer Gewerbe- und Handwerksforschung (IfG) (1992) Gewerbe und Handwerk 2000. Perspektiven und Szenarien, *Schriftenreihe des Wirtschaftsförderungsinstitutes* 216, Vienna 1992 (esp. chpts. 5 and 6).

Institut fuer Gewerbe- und Handwerksforschung (IfG) (1994) Internationalization of Strategic Orientation in European Small Businesses. Austrian Results 1991/93, INTERSTRATOS Report, Vienna.

Kailer, N., Mugler, J. (1998) (eds.) *Entwicklung von kleinen und mittleren Unternehmen. Konzepte, Praxiserfahrungen, Perspektiven*, Vienna.

Larcon, J.-P. (ed.) (1998) *Entrepreneurship and Economic Transition in Central Europe*, Boston-Dordrecht-London.

Lehtimaeki, A., Ahokangas, P. (1993) *Foreign Market Orientation and International Operations of European SMEs in 1990*, Working Paper 7, University of Oulu.

Levy, B. (1993) Obstacles to Developing Indigenous Small and Medium Enterprises. An Empirical Assessment. In: *World Bank Economic Review* 7, no. 1.

Little, I. M. D. (1987) Small Manufacturing Enterprises in Developing Countries, *The World Bank Economic Review* 1, no. 2.

Muegge, H. (1988) Entwicklungshilfe für kleine und mittlere Unternehmen aus der Sicht der UNIDO, *IfG Mitteilungen* (Vienna, 1.12. 1988).

Mugler, J., Schmidt, K.-H. (eds.) (1995) *Klein- und Mittelunternehmen in einer dynamischen Wirtschaft*. Ausgewählte Schriften von Hans Jobst Pleitner, Berlin-Munich-St. Gallen.

Mugler, J. (1999) and (1998) *Betriebswirtschaftslehre der Klein- und Mittelbetriebe* (1993), 3rd ed., Vienna-New York, Vol. I/1998, Vol. II/1999.

Nijssen, A. (1998) *Measuring instrument for compliance costs and benefits for business life*, EIM, Zoetermeer.

OECD (2001) *Businesses' Views on Red Tape*. Administrative and Regulatory Burdens on Small- and Medium-Sized Enterprises, Paris.

Pichler, J. H. (1981) Der klein- und mittelbetriebliche Sektor als Herausforderung und Anliegen weltweiter Entwicklungsstrategie. In: Kemmetmueller, W./W. Sertl (eds.) (1981) *Klein- und Mittelbetriebe. Chancen, Probleme, Lösungen*, Vienna.

Pichler, J. H. (1994) Toward a "Technology Scenario" 2000 and beyond. A systems-related approach geared to small business development. In: Small and Medium-sized Enterprises on their way into the next century. *20th International Small Business Congress* (1993), 2nd ed., St. Gallen.

Pichler, J. H. (1995) Consequences of a Larger Europe for SMEs. In Quest of SME Specific Policy Formulation. In: Drillien, P. (ed.), *European Yearbook*, Vol. XLI, Council of Europe, Dordrecht-Boston-London.

Pichler, J. H. (1996) SMEs at the Frontiers of Development. Assessing Success Factors for Policy Formulation. The UNIDO Manual as a Guide. An Overview. In: *Proceedings, 41st ICSB World Conference*, Stockholm.

Pichler, J. H. (1997) KMU als dynamischer Erfolgsfaktor im Entwicklungsprozeß. In: Belak, J., Kajzer, S. et al. (eds.) (1997) *Unternehmensentwicklung und Management unter besonderer Berücksichtigung der Klein- und Mittelbetriebe in den Reformländern*, Zurich.

Pichler, J. H. (1998) SME Internationalization. Entrepreneurial profiles and patterns of strategic adjustment, *Piccola Impresa*, no. 2.

Pichler, J. H., Pleitner, H. J. (2006) Entrepreneurship and Human Resource Management in SMEs. In: Havnes, P.A., Haahti, A. (eds.), *Dynamics and Diversity*, University of Lapland Research Reports 4, Rovaniemi.

Pichler, J. H., Pleitner, H. J., Schmidt, K.-H. (eds.) (2000) *Management in KMU. Die Führung von Klein- und Mittelunternehmen*, 3rd ed., Bern-Stuttgart-Vienna.

Pichler, J. H., Thurik, R. (2005) Best Papers in the Field of Research. Introduction. In: van der Horst, R., King-Kauanui, S., Duffy, S. (eds.) (2005) *Keystones of Entrepreneurship Knowledge*. Published on the Occasion of the 50th Anniversary of the International Council for Small Business, Malden-Oxford.

Pichler, J. H., Voithofer, P. (2006) SME Strategic Behaviour and Attitudes toward Cooperation and Networking. In: Havnes, P.-A., Haahti, A. (eds.) (2006) *Dynamics and Diversity*, University of Lapland Research Reports 4, Rovaniemi.

Pleitner, H. J. (ed.) (1989) *Neue Problemperspektiven und neue Erfolgsaussichten für kleine und mittlere Unternehmen*, Internationales Gewerbearchiv, Sonderheft 3, Berlin-Munich-St. Gallen.

Pleitner, H. J. (1994) Small and Medium-sized Enterprises on their way into the next century. 20th *International Small Business Congress (1993)*, 2nd ed., IGW, St. Gallen.

The STRATOS Group (1990) *Strategic Orientations of Small European Businesses*, Aldershot.

van der Burg, B. I., Nijssen, A. F. M. (1998) *How can administrative burdens of businesses be assessed? Different methods: advantages and disadvantages*, EIM, Zoetermeer.

World Bank (1996) *World Development Report*, Washington D. C. (annually since 1978; in the given context esp. 1987 on "Industrialization", 1996 "From Plan to Market", 2000/01 "Attacking Poverty").

World Bank (1994) *Employment and Development of Small Enterprises*, Sector Policy Paper (1978).

World Bank/CFS (-) *Eastern European Experience with Small-Scale Privatization*, CFS Discussion Paper Series, No. 104, Washington D. C..

Die Entwicklungsdekaden als Herausforderung für die Wissenschaften

Klaus Zapotoczky

Wie immer nach Kriegen und Katastrophen überlegten die Menschen in der ganzen Welt am Ende des Zweiten Weltkriegs und in der unmittelbaren Nachkriegszeit, wie eine neue (weltweite) Ordnung aufzubauen sei, und es kam am 26.6.1945 in San Francisco zur Unterzeichnung der Satzung der Vereinten Nationen und des Statuts des internationalen Gerichtshofs.

Die UNO-Charta bestimmte im Artikel 1 vier Hauptziele:

1. Wahrung des Weltfriedens und Lösung internationaler Streitigkeiten durch friedliche Mittel.
2. Die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen den Nationen (Gleichberechtigung und Selbstbestimmung der Völker)
3. Internationale Zusammenarbeit (um internationale Probleme wirtschaftlicher, sozialer, kultureller und humanitärer Art zu lösen)
4. Schaffung einer Koordinationsstelle.

Im Kapitel IX der Charta wird die internationale Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiet geregelt und im Artikel 55 der Charta bestimmt, dass für einen Zustand der Stabilität und Wohlfahrt (der für friedliche und freundschaftliche Beziehungen zwischen den Nationen nötig ist) folgende drei Voraussetzungen geschaffen werden sollen:

- bessere Lebensbedingungen
- Lösung von internationalen, wirtschaftlichen, sozialen und gesundheitlichen Problemen
- allgemeine Achtung und Wahrung der Menschenrechte und Grundfreiheiten für Jedermann ohne Unterschied von Rasse, Geschlecht, Sprache oder Religion.

Diese auf Kooperation und gleichberechtigte internationale Zusammenarbeit ausgerichtete Ordnungspolitik wurde bald durch machtpolitische und ökonomische Überlegungen abgelöst. Die USA entwickelten im Marshall-Plan ein Konzept zum Wiederaufbau Europas, der auf einen Ausbau der Machtsphäre der USA in ganz Europa ausgerichtet war und schließlich in Westeuropa wirksam wurde und bis heute positive wirtschaftliche Auswirkungen hat.

Durch die positiven Erfahrungen des Marshall-Plans (für den die USA von 1948 bis 1950 20 Milliarden Dollar in Form von Warenlieferungen zur Verfügung stellten) angeregt, entwickelte der Präsident der USA, Harry S. Truman, die Punkt 4-Erklärung und meinte: *„In Zusammenarbeit mit anderen Nationen sollten wir ebenfalls den Einsatz von Kapital in jenen Gebieten fördern, die entwicklungsbedürftig sind“*. Erst langsam wurden konkrete weltweite Entwicklungsstrategien entwickelt, auf die im Folgenden kurz eingegangen werden soll.

In den 50er Jahren wurde deutlich, dass in den so genannten Entwicklungsländern durch Kapitalhilfe allein eine wirksame Entwicklung der so genannten Entwicklungsländer nicht möglich war. Gleichzeitig kam es zu einer eigenständigen Entwicklung und zu einem Erstarren der Länder der Dritten Welt, die durch die Bandung-Konferenz 1955, die unter Ausschluss der europäischen Mächte, der USA und der Sowjetunion stattfand, aber auch durch die Suez-Krise, in der der weltpolitische Einfluss der Briten und Franzosen deutlich geschwächt wurde, geprägt wurden.

Im Kräftemessen zwischen den Westmächten und der Sowjetunion im Zusammenhang mit dem Ungarnaufstand 1956 wurde klar, wie wichtig die so genannten Länder der Dritten Welt für die gesamte Weltordnung sind, und weder die USA (Westmächte) noch die Sowjetunion und ihre Satelliten waren an der Entwicklung eines eigenständigen Dritten Weges der so genannten Entwicklungsländer interessiert, sondern beide Blöcke versuchten, diese Länder an sich zu binden. Die UNO entwickelte in der Folge konkrete Programme und setzte für die verschiedenen Entwicklungsdekaden konkrete Schwerpunkte. Daneben versuchten die verschiedenen Länder durch bilaterale, wirtschaftliche, politische und zivilgesellschaftliche Aktivitäten komplementäre oder auch eigenständige Maßnahmen zu setzen. In Österreich war die katholische Kirche und hier vor allem die Führung der Landjugend unter den beiden später sehr prominenten Führungspersonlichkeiten Alois Wagner und Eduard Ploier als erste bemüht, freiwillige Einsätze in Übersee zu organisieren und durch Personaleinsatz und Kooperation mit privaten Institutionen in den verschiedenen so genannten Entwicklungsländern, die lokalen Probleme zu mildern. In den Vereinigten Staaten gründete J. F. Kennedy 1961 das Peace Corps und wollte damit die Kapitalhilfe der Vereinigten Staaten durch Know How und persönlichen Einsatz ergänzen.

Getragen von ausschließlich in Industrieländern ausgebildeten Experten, wurden theoretische Entwicklungsprogramme entwickelt und darauf aufbauend im Rahmen der Vereinten Nationen Entwicklungsdekaden beschlossen:

Die **erste Entwicklungsdekade 1960 bis 1970** war der Förderung der Industrialisierung in den so genannten Ländern der Dritten Welt gewidmet, und man dachte, nach dem Vorbild der europäischen Länder in der Nachkriegszeit, dass durch Wachstum des Sozialprodukts die Wohlstandskluft zwischen Nord und Süd und damit die Armut in den Ländern der Dritten Welt verringert werden und damit auch die politische Partizipation erhöht werden könne und eine größere soziale Gerechtigkeit in den Ländern zu erzielen sei. Gegen Ende dieser ersten Entwicklungsdekade wurde klar, dass dieser schnelle industrielle Aufschwung in den Ländern der Dritten Welt nicht erzielbar war, und man besann sich darauf, dass auch in Europa und in den USA der industriellen Entwicklung eine Entwicklung der landwirtschaftlichen Produktion vorausgegangen war.

Foto 8: In ländlichen Regionen mancher Länder hat sich seit der Gründung der Vereinten Nationen 1945 wenig verändert (Äthiopien, © Gerhard Glatzel).



In Folge dessen war die **zweite Entwicklungsdekade von 1970–1980** Programmen zur Förderung der landwirtschaftlichen Entwicklung gewidmet. Es wurden Grundbedürfnisstrategien entwickelt, die darauf abzielten, die Produktion von Grundnahrungsmitteln in den Ländern selbst zu fördern und Verteilungskonzepte für Nahrungsmittel zu entwickeln. Viele wissenschaftliche Untersuchungen wurden durchgeführt und entsprechende Programme bzw. Projekte entwickelt. Bald wurden diese Programme durch die Ölkrisen der 70er Jahre erschüttert, und es wurde klar, dass das deklarierte Ziel, dass alle Industrieländer 0,7 % ihres Brutto-Nationalproduktes für Entwicklungshilfe ausgeben sollten, in dieser Periode (und darüber hinaus) nicht erfüllbar war.

In der Folge kam es in der **dritten Entwicklungsdekade 1980–1990**, die auch als die „verlorene Dekade“ für die Entwicklungszusammenarbeit bezeichnet wurde, zu einer Verschlechterung der Position der Dritten Welt in fast allen Bereichen. Nur einige wenige Länder, vor allem in Süd-Ostasien, konnten sich wirtschaftlich und politisch gut entwickeln. Durch den Zusammenbruch der Sowjetunion bedingt, kam es zu einer neuen positiven Stimmung bezüglich der Schaffung einer neuen Weltordnung, und die **vierte Entwicklungsdekade 1990–2000** war durch weltweite Konferenzen zur Verbesserung der Situation bestimmter Bevölkerungsgruppen wie Frauen, Kinder, sozial Benachteiligte und Programme für Afrika gekennzeichnet, und es gelang auch in vielen Ländern der Dritten Welt, eine aktive Beteiligung an den Weltkonferenzen und am Nachdenken über neue Entwicklungsstrategien zu erzielen.

Beim Weltsozialgipfel in Kopenhagen im Jahre 1995 zum Beispiel versammelten sich nicht nur Präsidenten und Regierungschefs aus mehr als 120 Ländern, sondern die Zivilgesellschaft organisierte parallel zum offiziellen Weltsozialgipfel einen Welt-NGO-Gipfel, der sehr gut besucht war und viele Anregungen entwickelte, und darüber hinaus wurde auch von der Scientific Community an der Universität von

Kopenhagen und an anderen zentralen Plätzen der Stadt Vorträge und Diskussionen veranstaltet und Entwicklungskonzepte von Wissenschaftlern vorgetragen und umfassend diskutiert.

In Österreich herrschte und herrscht bezüglich der Zuständigkeit für wissenschaftliche Kooperationen, wissenschaftliche Begleitmaßnahmen und Forschungen in Ländern der Dritten Welt umfassende Unklarheit, und dies hat dazu geführt, dass wissenschaftliche Begleitmaßnah-



Foto 9: Es bleibt fraglich, ob dieses afrikanische Mädchen durch die MDGs tatsächlich eine Verbesserung ihrer Lebenssituation erfahren wird (Äthiopien, © Gerhard Glatzel).

men von Entwicklungskonzepten und Entwicklungsprojekten nicht stattfanden oder die große Ausnahme darstellten. Erst durch die Gründung der Kommission für Entwicklungsfragen der Akademie der Wissenschaften wurde hier ein neuer Anfang gesetzt, der allerdings lange Zeit aus den verschiedensten Gründen weder entsprechend dotiert, noch in der wissenschaftlichen Öffentlichkeit beachtet wurde. Trotz dieser Widrigkeiten setzte die Kommission beharrlich und kontinuierlich ihre Arbeit fort und gewann und gewinnt sukzessive an Ansehen und Einfluss. Parallel zu dieser Entwicklung hat auch die Beachtung der Probleme der Dritten Welt in breiteren Kreisen der Öffentlichkeit in jüngster Zeit an Bedeutung gewonnen. Durch die starke Propagierung der „Millenium Development Goals“ in der Öffentlichkeit ist stärkeres Augenmerk auf weltweite Probleme gerichtet worden.

Es ist zu hoffen, dass sowohl durch die Schwerpunktsetzung der acht Millenniumentwicklungsziele, als auch durch das wachsende Bewusstsein, dass Handlungskonzepte, um wirksam zu werden, einer ausreichenden wissenschaftlichen Grundlegung bedürfen, dem Einsatz von WissenschaftlerInnen aus Süd und Nord und der gemeinsamen Entwicklung von Forschungs- und Handlungskonzepten eine tatsächliche nachhaltige Entfaltung der Länder der Dritten Welt folgen wird.

Bei den folgenden acht Millenniumentwicklungszielen sind die Wissenschaften und der Einsatz Österreichs gefordert:

1. Den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren.

Mindestens 800 Millionen Menschen leiden derzeit unter extremer Armut und Hunger, und es ist daher eine äußerst wichtige und umfassende Aufgabe, diesem politischen Ziel entsprechend Programme zu entwickeln, die in den verschiedenen Regionen und einzelnen Ländern dahin wirken, dass Armut konkret verringert wird. Dazu wird es vieler konkreter Projekte bedürfen, die, den jeweiligen Umständen entsprechend, eine Verbesserung der Ernährungs- und Armutssituation wirksam erreichen helfen.

2. Grundschulausbildung für alle Kinder.

Diesem politischen Ziel entsprechend, müssen unter Beachtung des UNESCO-Reports „Bildung für das 21. Jahrhundert“ konkrete angepasste Bildungsprogramme entwickelt werden, die in vielfältigen dezentralen Einzelprojekten zu verwirklichen sind.

3. Gleichstellung der Geschlechter und Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beteiligung von Frauen.

Diesem politischen Ziel stehen viele, zum Teil sehr unterschiedliche, oft kulturell und religiös bedingte Hindernisse im Wege, und es ist wichtig, Programme zu entwickeln, die die gegebenen Situationen ermitteln und Strategien aufbauen, die wirksam kontinuierliche Verbesserungen in diesem Bereich erzielen, dabei die historischen, kulturellen und sozialen Bedingungen beachten und konkrete Partizipationskonzepte in allen Lebensbereichen erreichen.

Die acht Millenniumentwicklungsziele:

1. Den Anteil der Weltbevölkerung, der unter extremer Armut und Hunger leidet, halbieren
2. Grundschulausbildung für alle Kinder
3. Gleichstellung der Geschlechter und Förderung der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Beteiligung von Frauen
4. Die Kindersterblichkeit verringern
5. Die Gesundheit der Mütter verbessern
6. HIV/Aids, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen
7. Den Schutz der Umwelt verbessern
8. Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen

4. Die Kindersterblichkeit verringern.

Hier wird zu beachten sein, was die entscheidenden Gründe für Säuglings- und Kindersterblichkeit in den verschiedenen Ländern sind, und Programme und Strategien zu entwickeln, die eine Verringerung bewirken können, wobei in vielen Ländern eine grundlegende Verbesserung eher durch Änderungen des Lebensstils und der sozialen Bedingungen als durch medizinische Maßnahmen im engeren Sinn erzielt werden dürften. Pilotprojekte, etwa im Bereich von Malariaphylaxe und anderen überproportional häufig in manchen Ländern auftretenden Krankheiten, sind wünschenswert und sollten auch entsprechend wissenschaftlich begleitet werden.

5. Die Gesundheit der Mütter verbessern.

Sehr häufig ist die schlechte gesundheitliche Situation der Kinder auch durch den schlechten Gesundheitszustand der Mütter bedingt, sodass durch die Investition in Gesundheitsprogramme und Gesundheitsprojekte für Mütter auch gleichzeitig die Situation der Kinder verbessert werden könnte. Auch hier sind Pilotprojekte, die bisher wenig beachtete Zusammenhänge studieren, von großer Bedeutung.

6. HIV/Aids, Malaria und andere übertragbare Krankheiten bekämpfen.

Es scheint wichtig festzustellen, welche Strategien in welchen Ländern besonders wirksam sind, Erfahrungen zwischen unterschiedlichen Ländern und verschiedenen Regionen auszutauschen und vor allem auch die Mitwirkung und die Eigeninitiative der Betroffenen zu stärken. Viele Zusammenhänge sind kulturbedingt und nur durch Lebensstiländerungen wirksam und dauerhaft veränderbar.

7. Den Schutz der Umwelt verbessern.

In vielen Ländern, in denen extreme Armut und Hunger besonders krass sind, sehen sich die Menschen nicht in der Lage, auf Umweltschutz zu achten, weil ihr unmittelbarer Überlebenskampf sie daran hindert, auf Umweltaspekte irgendwie Rücksicht zu nehmen. Hier zeigt sich, wie sehr die verschiedenen Zielsetzungen zusammenhängen. Jedenfalls ist eine Bewusstseinsbildung, dass eine Regenerierung der (natürlichen) Umwelt immer weniger selbstverständlich ist, von großer Bedeutung. Deshalb sollten Versuchsprojekte, wie der Schutz der Umwelt am besten zu gewährleisten ist, in den verschiedenen Ländern und unter verschiedenen Bedingungen forciert werden.

8. Eine weltweite Entwicklungspartnerschaft aufbauen.

In jüngster Zeit wird immer mehr Menschen sowohl in den Industrieländern als auch in den Entwicklungsländern bewusst, dass nur durch gemeinsame weltweite Anstrengungen die gegebenen Probleme wirksam bekämpft werden können, und es wächst auch die Überzeugung, dass die wissenschaftliche Erforschung der weltweiten Zusammenhänge notwendig ist, um nachhaltige und sinnvolle Projekte, Programme und politische Zielsetzungen zu entwickeln.

Österreich, ein kleines, sehr reiches und wissenschaftlich höchst entwickeltes Land, hat hier eine besondere Aufgabe und kann durch seinen Einsatz in diesem Bereich einen weit überproportionalen Beitrag zur Erfüllung der weltweiten Zielsetzungen leisten und dadurch seine Position in der weltweiten Zusammenarbeit deutlich verbessern.

Die Kommission für Entwicklungsfragen der Österreichischen Akademie der Wissenschaften wird gut daran tun, konkrete partnerschaftliche Projekte mit ForscherInnen aus Ländern der so genannten Dritten Welt weiter zu fördern, darüber hinaus dafür zu sorgen, dass Forschungs- und andere wissenschaftliche Programme, zumindest für die Schwerpunktländer, entwickelt werden, und dass die gesamte Entwicklungszusammenarbeitspolitik forschungsbasiert und wissenschaftsgeleitet ihre Leistungen erbringt. Dafür werden eine Neuformulierung der Zuständigkeiten und eine klare Festlegung von Verantwortlichkeiten notwendig sein. Große, verantwortliche Aufgaben liegen vor uns.

Nutzung von Instrumenten zur Forschungskoordinierung in Europa

Case study ERA-NET „The Agricultural Research for Development (ARD) dimension of the European Research Area (ERA)“

Elfriede Fuhrmann

Foto 10: Eine KEF-Diskussionsveranstaltung zur wissenschaftlichen Zusammenarbeit EU-Lateinamerika sprach auch das Thema Chancen und Barrieren internationaler Kooperationen an (© fotodienst/Anna Rauchenberger).

Im 6. Forschungsrahmenprogramm (2004–2006) hat die Europäische Kommission das Instrument ERA-NET („European Research Area-Network“) zur Unterstützung transnationaler Kooperationen von Forschungsprogrammen implementiert. Jedes ERA-NET-Projekt soll durch eine verbesserte Kooperation und Kohärenz nationaler Forschungsprogramme einen Beitrag zur effizienteren Forschung in Europa leisten. Umgesetzt werden ERA-NET-Projekte nach dem „Bottom-up“-Prinzip, wonach keine thematischen Prioritäten vorgegeben sind. Die Koordinierungstätigkeiten in diesem Rahmen sind demnach in sämtlichen wissenschaftlichen und technologischen Bereichen möglich.

Seit 1. April 2005 besteht das ERA-NET zur entwicklungsorientierten Agrarforschung (ERA-ARD) (Laufzeit 2005–2009). Die Beteiligung des Lebensministeriums als österreichischer Partner im Konsortium erfolgte nach innerösterreichischer Abstimmung mit dem BMF (finanzielle Beteiligung an der CGIAR), dem BMBWK (finanzielle Basis der KEF) sowie dem BMaA.



Mitglieder des Konsortiums:

- *Frankreich*: CIRAD (Centre de Coopération Internationale en Recherche Agronomique pour le Développement)
- *Frankreich*: Ministerium für Bildung und Forschung
- *Niederlande*: Ministerium für Landwirtschaft, Natur und Lebensmittelqualität
- *Schweiz*: SDC (Swiss Agency for Development and Cooperation)
- *Österreich*: Ministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
- *Dänemark*: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
- *Belgien*: Federal Public Service (FSP) Foreign Affairs
- *Ungarn*: Ministerium für Landwirtschaft und Ländliche Entwicklung
- *Deutschland*: Bundesministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz (BMELV)
- *Polen*: Ministerium für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung
- *Italien*: Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten
- *Slowenien*: Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Sport
- *Spanien*: INIA (National Institute of Research and Agrarian and Nutritional Techniques)
- *Litauen*: Ministerium für Landwirtschaft
- *Großbritannien*: DFID (Department for International Development)

Im ERA-ARD ist das Ziel nicht nur die Schaffung von Kohärenz auf Ebene der nationalen Forschungsprogramme in Europa, sondern auch die Integration südlicher Länder und ihrer Forschungsbedürfnisse.

Die zwei strategischen Zielsetzungen des ERA-ARD-Konsortiums sind:

1. Erhöhung der Leistungsfähigkeit im europäischen Forschungsraum bei Planung, Implementierung und Finanzierung von Maßnahmen durch verbesserte Nutzung der Synergien zwischen nationalen Programmen im Bereich der entwicklungsorientierten Agrarforschung.
2. Stärkung des europäischen Beitrags und Einflusses auf die globale Forschung durch eine verbesserte Kooperation und Koordination der nationalen Programme.

Spezifische Ziele von ERA-ARD sind:

- Aufbau der Datenbank über nationale Programme und deren Management
- Entwicklung einer gemeinsamen Vision und einer strategischen Agenda
- Methodiken für das Management von Programmen (Planung, Monitoring, Evaluierung und Impact Assessment)
- Auswahl und Bündelung nationaler Subprogramme, die am meisten von gemeinsamen und transnationalen Aktivitäten profitieren können
- Innovative Ansätze und institutionelle Arrangements für die Implementierung von gemeinsamen Subprogrammen
- Realisierung gemeinsamer Aktivitäten für zwei ausgewählte Subprogramme
- Entwicklung von Werkzeugen und Mechanismen für transnationale Programme.

Foto 11: Landwirtschaftliche Produktion ist nach wie vor Lebensgrundlage und Basis wirtschaftlicher Entwicklungen in vielen Entwicklungsländern (Cassava Versuchsfelder, IITA – Nigeria © Birgit Habermann).



Projektgliederung

Die einzelnen Arbeitsschritte sind in sog. Work Packages aufgeteilt. Dem Lebensministerium als österreichischen Partner obliegt die Leistung von WP 3 bei der Auswahl und Planung gemeinsamer Aktivitäten und Subprogramme.

WP 1 – Leader NL – Systematischer Austausch von Informationen über Programme und Projekte sowie Programmmanagement

WP 2 – Leader CH – Evaluierung vorhandener Daten, Auswahl von Instrumenten

WP 3 – Leader AU – Auswahl und Planung gemeinsamer Aktivitäten, Subprogramme

WP 4 – Leader DK – Umsetzung transnationaler Subprogramme

WP 5 – CIRAD FR – Projektkoordination.

Die erste gemeinsame Ausschreibung zur Einreichung von Forschungsprojekten ist für 2007 vorgesehen.

Detailinformation zum ERA-ARD sowie die Projektdatenbank und Dokumente sind über

<http://www.era-ard.org> sowie über

<http://www.garden-infosys.de>,

<http://www.infosysplus.org> zugänglich.

